

Ratschlag Sozialticket

Severinstr. 1
45127 Essen
Telefon 0201/8602904/7
Telefax 0201/8602906
kontakt@dielinke-essen.de
www.dielinke-essen.de
Postbank Essen
Konto-Nr. 51 80 60 435
BLZ 360 100 43

Essen, 19.06.2008

Bericht Sozialticket Essen

Die Teilhabe von Sozialleistungsempfängern und Niedrigverdienern am gesellschaftlichen Leben zu verbessern, für eine bessere Mobilität dieser Menschen zu sorgen und mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen, waren die Anliegen der Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF in Essen, als sie Anfang dieses Jahres mehrere Anträge an den Stadtrat vorbereitete.

So beantragte die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF für die Ratssitzung am 27. Februar 2008 die Einführung eines **Sozialtickets** (s. Anlage). Zeitgleich beantragte die SPD-Fraktion die finanziellen Auswirkungen eines solchen Tickets zu überprüfen. Daraufhin kamen die Fraktionen von CDU und Grünen unter Zugzwang und stellten ihrerseits einen eigenen Antrag, der mit der Mehrheit von CDU, Grüne, FDP/AE und Essener Bürgerbündnis (EBB) beschlossen wurde. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF wurde gegen ihre Stimmen und die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt. Mit der Annahme des schwarz/grünen Antrages hat sich der Stadtrat zwar grundsätzlich für die Einführung eines Sozialtickets für die Bezieher von Sozialleistungen und Niedrigverdiener ausgesprochen.

Die linke Fraktion stimmte trotzdem nicht für den schwarz/grünen Antrag, weil darin die Einführung des Sozialtickets davon abhängig gemacht wurde, dass keine zusätzliche Belastung für den städtischen Haushalt oder des Wirtschaftsplanes der Essener Verkehrs AG (EVAG) entsteht. Diese Kostenaufgabe hat die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF und die SPD Fraktion abgelehnt, weil ohne eine Anschubfinanzierung die Einführung eines Sozialtickets, mit tatsächlich sozialen Preisen, nur schwer möglich ist. Das Beispiel Köln hat schließlich gezeigt, dass eine solche Finanzierung deutlich niedriger ausfallen kann, als ursprünglich angenommen. Derzeit arbeitet die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der EVAG an einem Konzept. Dabei zeichnet sich jetzt schon ab, dass durch die Auflage der Kostenneutralität der Preis für das Ticket deutlich über den Hartz-IV-Regelsätzen für Mobilität liegen wird. Im September soll eine entsprechende Vorlage dem Rat vorgelegt werden.

Wie aber erhalten die Menschen das Sozialticket, ohne dass die organisatorische Abwicklung zu einem enormen bürokratischen Mehraufwand führt? Dieses Problem bereitet der EVAG derzeit die größten Schwierigkeiten. Auch aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF für die Ratssitzung am 23. April 2008 einen Antrag auf Einführung eines **Sozialpasses** (s. Anlage) gestellt. Dieser Pass soll auch als Anspruchsberechtigung für den Erwerb eines Sozialtickets dienen. Die ermäßigten Tickets könnten an den normalen Fahrscheinautomaten verkauft werden und wären in Kombination mit dem Sozialpass gültig, der verwaltungsmäßige Aufwand gering.

Ein weiteres Anliegen der linken Fraktion für die Einführung eines Sozialpasses ist die vergünstigte Benutzung städtischer Einrichtungen für Menschen mit geringem Einkommen. Zwar gibt es bereits eine Vielzahl solcher Vergünstigungen, doch sind diese für die Anspruchsberechtigten nicht transparent. Deshalb sollten laut Antrag in einem ersten Schritt die bereits bestehenden Ermäßigungen in dem Sozialpass dargestellt und zusammengefasst werden. In einem zweiten Schritt sollte überprüft werden, welche zusätzlichen Ermäßigungen und Sondertarife eingeführt werden können.

Leider ist dieser Antrag im April nicht verabschiedet, sondern in den Sozialausschuss geschoben worden, wo er erst im September behandelt wird. Eine Annahme des Antrages wäre bei der Umsetzung des Sozialtickets sicherlich eine große Hilfe gewesen. In diesem Zusammenhang ist es ausgesprochen wichtig, dass der DGB Mülheim-Essen-Oberhausen, am 1. Mai eine „Essener Erklärung“ verabschiedet hat, in der ein „**Essen-Pass**“ gefordert wird. Mit diesem Pass sollen die Gebühren bei Behörden und Ämtern um 50 Prozent gesenkt werden, sowie die Eintrittspreise in städtischen Einrichtungen in den Bereichen Kultur, Freizeit und Bildung. Auch für die Bereiche Mobilität und Energie sollen günstigere Preise für die Bürgerinnen und Bürger gelten, deren Einkommen bei Alleinstehenden unter 938 Euro im Monat beträgt. Diese Bemessungsgrenze soll sich um weitere 50 % pro Erwachsenen und um 30 % je Kind erhöhen. Ein erstes Bündnistreffen für den „Essen-Pass“ hat jetzt stattgefunden, nach der Sommerpause soll es weitergehen. Eine gesellschaftliche Mobilisierung ist auch notwendig, damit CDU und Grüne nicht so einfach die Forderungen nach einem solchen Pass übergehen können.

Denn deren Engagement für eine soziale Stadt hat enge Grenzen. So hat die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF im Februar auch einen Antrag zur Einführung eines **Sozialtarifes** (s. Anlage) für den Bezug von Strom und Gas gestellt. Schließlich machen die massiv steigenden Kosten für Energie besonders Menschen mit geringem Einkommen schwer zu schaffen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grüne, FDP/AE und EBB abgelehnt. Begründung: Es wäre Aufgabe des Bundes, die Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen. Abgesehen davon, dass mit dieser Argumentation kommunale Handlungsmöglichkeiten vor Ort negiert werden, hätten Niedrigverdiener, die nur knapp über den Regelsätzen liegen, nichts von einer solchen Erhöhung. Enttäuschend war, dass ausgerechnet die Grünen gegen die Sozialtarife stimmten, da sie doch landesweit für eine solche Regelung eintreten.

Fazit: Der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF ist es ein Stück weit gelungen, das Augenmerk auf die zunehmende soziale Spaltung in Essen zu lenken. Sie hat mit dazu beigetragen, dass sich CDU und Grüne zumindest in Sachen Sozialticket bewegt haben. Um ein soziales Auseinanderdriften einzudämmen und Schritte in Richtung einer solidarischen Stadtgesellschaft zu machen, steht aber unter anderem der vom DGB vorgeschlagene „Essen-Pass“ weiter ganz oben auf der Tagesordnung.

Gabriele Giesecke
(Ratsfrau DIE LINKE und Fraktionssprecherin DIE LINKE/DKP/AUF)